

„FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE WELT“

Bremen und der Atomwaffenverbotsvertrag





Zum Titelbild:
Mahnwache vor dem
Haus der Bremischen Bürgerschaft
am



Impressum

Herausgeber: Bremer Friedensforum
Villa Ichon Goetheplatz 4
D-28203 Bremen

www.bremerfriedensforum.de
www.facebook.com/BremerFriedensforum
v.i.S.d.P.: Ekkehard Lentz, Bremen
<https://twitter.com/ekkehardlentz1>
Spendenkonto IBAN DE 47250100300123268306

Fotos: Hartmut Drewes, Georg Maria Vormschlag
Gestaltung und Herstellung: Wolfgang Zimmermann

Weitere Informationen:
www.ippnw.de
www.icanw.de
www.ialana.de
www.atomwaffenfrei.de

ISSN 2198-1736

Vorwort

Atomwaffen verbieten!

Mit dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag von September 2017 ist eine neue Bühne im jahrzehntelangen Abrüstungsprozess eröffnet, ein Erfolg der gemeinsamen Anstrengung der Nicht-Atomwaffen-Staaten mit der Zivilgesellschaft, gewürdigt mit der Verleihung des Friedensnobelpreises 2017 an ICAN. Das Abkommen ist noch nicht in Kraft und steht unter heftigem Beschuss durch die USA und die NATO-Staaten.

Wir brauchen dringend einen internationalen Vertrag, der Atomwaffen verbietet. Das Völkerrecht verpflichtet alle Staaten dazu, Verhandlungen über nukleare Abrüstung zu führen und abzuschließen. Atomwaffen müssen endlich verboten werden, ähnlich wie biologische und chemische Waffen, Landminen und Streumunition. Nicht nur, dass es keinen Fortschritt in Richtung auf eine atomwaffenfreie Welt gibt, die Atomwaffenstaaten sind dabei, ihre Atomwaffenarsenale zu modernisieren. Wir fordern: es muss endlich abgerüstet werden.

Solange Atomwaffen existieren, gibt es eine reale Gefahr, dass sie eingesetzt werden – ob mit Absicht oder aus Versehen.

Ein Skandal, dass auch die Bundesregierung bisher nicht einmal in Erwägung zieht, dem Vertrag beizutreten. Die Bundesregierung beteiligt sich bisher nicht einmal an den Verhandlungen zum Atomwaffenverbot und handelt damit gegen den Willen nahezu aller Menschen in Deutschland. 93 Prozent der Bevölkerung sind für ein Verbot von Atomwaffen.“

Das Bremer Friedensforum unterstützt mit zahlreichen Organisationen der Friedensbewegung die bundesweite Kampagne „atomwaffenfrei“.

Mit IALANA (JuristInnen gegen Atomkrieg) und IPPNW (ÄrztInnen gegen Atomkrieg) organisierte das Bremer Friedensforum anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 2017 an ICAN (Internationale Kampagne für das Verbot von

Abrüsten!
UNO-Atomwaffen-Verbotsvertrag
unterschreiben!



www.bremerfriedensforum.de

Atomwaffen) eine Kundgebung „Für eine atomwaffenfreie Welt“ auf dem Bremer Marktplatz, auf der auch Bremens Bürgermeister Carsten Sieling sprach.

Auf der (leider verregneten) Veranstaltung sprach auch Lars Pohlmeier, Mitbegründer der Organisation ICAN (Internationale Kampagne für das Verbot von Atomwaffen). Volkert Ohm von der internationalen Juristenvereinigung IALANA stellte den Appell an die bremischen Abgeordneten des Bundestages, des Europäischen Parlamentes und der Bürgerschaft vor, sich für die Unterzeichnung des internationalen Vertrages zum Verbot von Atomwaffen einzusetzen.

Mit dieser Broschüre wollen wir auch den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 7. Dezember 2017 zum Atomwaffenverbot als vorbildliche Initiative würdigen, in der Hoffnung, dass andere Bundesländer nachziehen und die Bundesregierung in die Verantwortung genommen wird, dem Atomwaffenverbotsvertrag zuzustimmen.

Es wird auf die Friedensbewegung ankommen, „unsere“ Regierung von dem bisherigen Verweigerungskurs abzubringen und sie zu veranlassen, an der atomaren Abrüstung konstruktiv mitzuwirken. Dazu gehört die Forderung, in der NATO die Atombomben aus Deutschland (Büchel/Eifel) abziehen, die Beendigung der Mitwirkung in der nuklearen Planungsgruppe und die Unterzeichnung des Verbotsvertrags.

Mit allen Mitteln sollte der INF-Vertrag erhalten oder neu verhandelt und die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa verhindert werden.

Eva Böller
Hartmut Drewes
Barbara Heller
Ekkehard Lentz

Sprecher*innenkreis Bremer Friedensforum

Februar 2019

[Das Bremer Friedensforum gehört dem bundesweiten Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“ an. Weitere Informationen: <http://www.atomwaffenfrei.de/>]

Inhalt

Bremen und der Atomwaffenverbotsvertrag

Anti-Atomwaffen-Appell an bremische Abgeordnete	7
Kundgebung am 18. November 2017 mit Grußwort Carsten Sieling	16
Beschluss der Bremischen Bürgerschaft vom 7. Dezember 2017	20
Pressemitteilung: Bremer Friedensforum begrüßt Beschluss	22
Empfang im Rathaus für ICAN	23
Atomwaffenverbot statt deutsche Atombomben	25
EKD-Friedensbeauftragter Brahms protestiert gegen Atomwaffen	27
Antje Grotheer: Bremen macht sich stark für eine Welt ohne Atomwaffen	29
Lars Pohlmeier: Atomwaffen sind weltweit geächtet	31
Anzeigenaktion „Eine Welt ohne atomare Bedrohung ist möglich“	33





Barbara Heller vom Bremer Friedensforum moderierte zahlreiche Veranstaltungen zum Verbot von Atomwaffen.



Gerhard Baisch setzt sich im Rahmen der IALANA und des Bremer Friedensforums für eine Welt ohne Atomwaffen ein.

Anti-Atomwaffen-Appell an Bremische Abgeordnete

Wir, die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger Bremens, wenden uns mit diesem Schreiben an die sechs Bremer Bundestagsabgeordneten, an die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft und an die drei Abgeordneten, die das Bundesland Bremen im Europäischen Parlament vertreten, in unserer Sorge über bestehende Kriegs- und Krisenherde und über neuerliches Wettrüsten in aller Welt. **Mit besonderer Sorge erfüllt uns die fortbestehende und gegenwärtig eskalierende Bedrohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.**

Die Atomwaffenstaaten haben ihre mit der Ratifizierung des „Atomwaffensperrvertrages“ von 1968 eingegangenen Verpflichtungen mehrfach und stetig verletzt. Eine Auflistung der Vertragsverletzungen fügen wir unserem Schreiben als Anhang 1 bei.

Auch Deutschland verletzt insbesondere durch die nukleare Teilhabe, den Mitbesitz an US-Atombomben in Büchel und die Mitwirkung an der Vorbereitung von Atomkriegen in der nuklearen Planungsgruppe der NATO den Atomwaffensperrvertrag. Außerdem hat die Bundesregierung trotz ihrer stetig wiederholten Beteuerung, sich international aktiv für die atomare Abrüstung einzusetzen, mit den anderen NATO-Staaten bei den UN-Verhandlungen für den Atomwaffenverbotsvertrag abseits gestanden

Vor dem Hintergrund dieser ständigen Vertragsverletzungen sind wir der Auffassung, dass Deutschland die von der noch amtierenden Bundesregierung eingenommene Boykothaltung gegenüber dem internationalen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen endlich aufgeben sollte.

Dieser Vertrag, der von 122 Nicht-Atomwaffenstaaten unter dem Schirm der Vereinten Nationen ausgehandelt wurde, verbietet neben der Herstellung, dem Einsatz und Besitz auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten. Er wurde am 20. September 2017 von UN-Generalsekretär António Guterres feierlich zur Unterschrift freigegeben und wird in Kraft treten, nachdem 50 Staaten ihn unterzeichnet und ratifiziert haben.

Die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN), die von 468 Friedensorganisationen getragen wird, hat das Zustandekommen dieses Vertrages mit initiiert und wesentlich gefördert. Sie bekommt dafür völlig verdient den Friedensnobelpreis 2017. Die Preisverleihung wird am 10. Dezember in Oslo erfolgen.

Wir wissen, dass mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung unsere Auffassung zu dem Verbotsvertrag teilen und stützen uns dabei auf eine Presseerklärung von ICAN vom 11.09.2017:

„Die breite Mehrheit der Bevölkerung möchte, dass Deutschland den internationalen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnet. 71 Prozent der Bundesbürger sind der Meinung, dass die künftige Bundesregierung dem Abkommen beitreten sollte. Nur 14 Prozent sind dagegen, 15 Prozent haben keine Meinung. Das ergab eine am 11.09.2017 vorgestellte YouGov-Umfrage im Auftrag der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). Befragt wurden mehr als 2.000 Personen, die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung über 18 Jahren....Die Regierung stellt sich mit ihrer Blockadehaltung gegen die Wähler....Sascha Hach von ICAN Deutschland kommentiert die Umfrage-Ergebnisse: „Die Bevölkerung verlangt von der Regierung eine klare Haltung gegen Atomwaffen. Die Bundeskanzlerin und ihr Außenminister ignorieren jedoch diesen common sense im Volk. Mit ihrem Boykott der Verhandlungen hat die Bundesrepublik erstmals in ihrer Geschichte multilaterale Gespräche zur Abrüstung und Rüstungskontrolle verweigert. Damit unterstützte sie ausgerechnet in einer Zeit wachsender Spannungen zwischen den USA und Nordkorea sowie zwischen NATO und Russland jene Kräfte, die auf nukleare Aufrüstung und Eskalation setzen. Die künftige Bundesregierung muss das Ruder dringend umreißen und das Völkerrecht als Gegenkraft zu dieser gefährlichen Spirale der Gewaltandrohung stärken.“

Wir bitten Sie, die Bremer Bundestagsabgeordneten, dringend, auf eine Resolution des Bundestages hinzuwirken, mit der die Unterzeichnung des Verbotsvertrages gefordert wird.

Wir bitten Sie, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, dringend, auf eine Resolution des Europäischen Parlaments hinzuwirken, mit der die Europäische Kommission aufgefordert wird, den Verbotsvertrag zu unterzeichnen.

Die Entschlüsse können anknüpfen an ein Abkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Zentralamerikanischen Staaten andererseits. In diesem multilateralen Assoziationsabkommen aus dem Jahre 2012 haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, bei der Abrüstung von Nuklearwaffen zusammenzuarbeiten, indem sie ihre bestehenden Verpflichtungen aus den internationalen Abrüstungsverträgen erfüllen und gemeinsam auf ergänzende Verbots- und Kontrollvereinbarungen hinwirken.

Sie können ferner anknüpfen an die Resolution des Europäischen Parlaments vom 27.10.2016 (verabschiedet mit Zwei-Drittel-Mehrheit, nämlich 415 Ja-Stimmen auch von Christdemokraten und Sozialdemokraten), die die Regierungen aller EU-Staaten aufgerufen hat, an den damals noch bevorstehenden Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag konstruktiv teilzunehmen.

Wir bitten Sie, die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, dringend, auf eine Resolution des Bundesrates hinzuwirken, mit der die Unterzeichnung und Ratifizierung des Verbotsvertrages gefordert wird. Die EntschlieÙung des Bundesrates sollte sich sowohl an die neue Bundesregierung und den Bundestag richten als auch an die Europäische Kommission.

Wir bitten Sie alle ferner, dafür einzutreten, dass sich Bremen der von „Mayors for Peace“ initiierten Kampagne, mit der Unterschriften für die Unterzeichnung des Verbotsvertrages gesammelt werden, anschließt.

Bremen gehört zu den ersten deutschen Gemeinden, die 1984 diesem Bündnis beigetreten sind. Dem Netzwerk, das früher „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ hieß, gehören über 7000 Städte und Gemeinden aus über 160 Ländern an, in Deutschland bereits 529. Auf der 9. Generalversammlung der Mayors for Peace in Nagasaki im August 2017 wurde ein neuer Aktionsplan für die kommenden Jahre bis 2020 verabschiedet. Zu den Aktionen mit hoher Priorität gehören die Bemühungen, die Vereinten Nationen und nationale Regierungen aufzufordern, dem Atomwaffenverbotsvertrag baldmöglichst beizutreten und eine Unterschriftenkampagne für diesen Zweck zu bewerben (Anhang 2).

Für weitere Informationen zum Inhalt des Verbotsvertrages möchten wir verweisen auf die ICAN-Broschüre „Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“, Download als pdf:

https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2014/07/170911_Briefing_Atomwaffenverbotsvertrag.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Elke Bahl, *Pädagogin*, Anne Baisch, *Künstlerin*, Gerhard Baisch, *Rechtsanwalt*, Joachim Barloschky, *Lehrbeauftragter*, Cornelia Barth, *Dipl.-SozArb.*, Rudolf Bauer, *Prof.i.R.*, Adelheid Biesecker, *Prof. i.R.*, Eva Böller, *Gleichstellungsbeauftragte*, Dr.med. Jürgen Borchert, Antonie Brinkmann, Ernst Busche, *Bürgeraktionär*, Wolfgang Däubler, *Professor i. R.*, Hartmut Drewes, *Pastor i.R.*, Wolfram Elsner, *Prof.*, Hilke Emig, *Lehrerin*, Johannes Feest, *Prof. i.R.*, Raimund Gaebelein, *Lehrer i.R.*, Dr. Rolf Gössner, *Rechtsanwalt/Publizist.*, Dr. Detlef Griesche, *Universitätsdozent i.R.*, Günther Griese, Doris Hannover, *Lehrerin*, Dr. Heinrich Hannover, *Rechtsanwalt*, Christoph Haun, *Arzt*, Dr. Ursula Haun-jünger, *Rentnerin*, Marikke Heinz-Hoek, *Künstlerin*, Hartwig Hinney, *Sozialpäd.*, Barbara Heller, Eike Hemmer, *Rentner*, Marlies Hestermann, *Architektin*, Prof. Dr. Klaus Hübotter, Sönke Hundt, *Prof.i.R.*,

Horst Isola, *Senatsrat a.D.*, Hans-Jürgen Jahns, *Lehrer*, Wolfgang Jantzen, Jürgen Karbe, *Bürokaufmann*, Michael Klagge, Anne Knauf, *Sozialpädagogin*, Günter Knebel, *GF i.R.*, Marlis Koke, *Lehrerin i.R.*, Karlheinz Koke, *Lehrer i.R.*, Reinhard Leo Lehmann, Inge Lemke, *Lehrerin*, Ekkehard Lentz, Christiane Lückhoff, *Lehrerin*, Clemens Lüllmann, *Lehrer*, Ilker Maga, *Autor u. Fotograf*, Renate Matthäus, *Dipl.-Päd.*, Dr. Priscilla Metscher, *Lektorin i.R.*, Prof.Dr. Thomas Metscher, Christian Michelsen, *Arzt*, Michael Nacken, *Rechtsanwalt*, Peter Obermeier, *Künstler*, Volkert Ohm, *Rechtsanwalt*, Lothar Peter, *Prof. i.R.*, Dr. Lars Pohlmeier, *Arzt*, Günter Rockel, *Rentner*, Tilmann Rothermel, *Künstler*, Rolf Sängler-Diestelmeier, *Pastor i. R.*, Ingeborg Sagkob, *Lehrerin i.R.*, Jörg Sandkühler, *Prof.*, Friedrich Scherrer, *Pastor i.R.*, Martin Schmidt, *Rentner*, Christoph Schminck-Gustavus, Urte Seidel, *Therapeutin*, Manfred Seidl, *Lehrer i.R.*, Dr. Eva Senghaas-Knobloch, *Prof.i.R.*, Peter Sörgel, Anja Stache, *Dipl.-Sozialpäd.*, Volker Stahmann, *Gf. IG Metall*, Armin Stolle, *Lehrer i.R.*, Elisabeth Stolle, *Buchhändlerin*, Ingo, Straube, *Dipl.-Psych.*, Gustav Tilmann, *Lehrer i.R.*, Ernst Uhl, *Pastor i.R.*, Claus Walischewski, Susanne Wichert, *Gewerkschafts-sekr.*, Erika Wolters, *Lehrerin i.R.*, Rüdiger Vernay, *Lehrer i.R.*, Thomas von Zabern, *Soz.-Wiss.*, Wolfgang Zimmermann, *Grafiker* und weitere Personen



Volkert Ohm, federführend bei der Formulierung des Appells an die Abgeordneten

Anhang 1

Verletzungen des Nichtverbreitungsvertrages/„Atomwaffensperrvertrages“

Zitat aus einer Broschüre der Deutschen Sektion der „International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA)“:

„1. Der offene Vertragsbruch bestand und besteht vor allem darin, dass bislang entgegen Art. VI NPT keiner der Atomwaffenstaaten Verhandlungen mit dem Ziel der vollständigen nuklearen Abrüstung begonnen hat. Nach wie vor fehlt dafür jede Bereitschaft.

Zwar ist seit dem Ende des Kalten Krieges („Ost-West-Konflikt“) die Zahl der weltweit verfügbaren nuklearen Sprengköpfe verringert worden. Jedoch gibt es nach den vorliegenden Daten renommierter Fachleute bis heute noch ca. 15.400 nukleare Sprengköpfe, darunter ca. 14.400 im Besitz der USA und Russlands. Sie haben jeweils eine vielfache Vernichtungskraft der Bomben von Hiroshima und Nagasaki. Weitere rund 1.000 nukleare Sprengköpfe entfallen auf Frankreich, das Vereinigte Königreich, China, Israel, Indien, Pakistan und Nord-Korea. Zurzeit verfügen die USA über ca. 1.920 „strategische“ Nuklearsprengköpfe (land- und seegestützte Interkontinentalraketen und Langstreckenbomber) und Russland über ca. 1.600. Nach Expertenschätzungen haben die USA ca. 800 nukleare Trägersysteme einsatzfähig, Russland ca. 560. Eine große Zahl von Nuklearsprengköpfen halten die USA und Russland bis heute in höchster Alarm- und Einsatzbereitschaft.

Nach dem am 8. April 2010 in Prag von Russland und den USA durch ihre Präsidenten unterzeichneten neuen START-Abkommen soll bis 2017 die Zahl der einsatzfähigen „strategischen“ nuklearen Sprengkörper (auf landgestützten Interkontinentalraketen, Atom-U-Booten und 16 Langstreckenbomben) von 2.200 auf je 1.550 reduziert werden und die Zahl der einsatzfähigen „strategischen“ nuklearen Trägersysteme (Raketen und Bomber) auf jeweils 700 verringert werden. Erlaubt werden zudem jeweils 100 Trägersysteme als Reserve. Die nicht-strategischen Nuklearwaffen werden davon nicht erfasst. Die USA haben dieses Abkommen am 22. Dezember 2010 ratifiziert, Russland am 25. Januar 2011. Auch nach der Umsetzung dieses START-Nachfolgeabkommens werden immer noch über 14.000 US-amerikanische und russische Atomsprengköpfe das Leben auf der Erde unmittelbar bedrohen, darunter 1.800 in ständiger Alarmbereitschaft. Wirkliche Abrüstung sieht anders aus!

2. Die in den Nuklearstaaten und bei ihren Bündnispartnern verbliebenen Atomwaffen und ihre Trägersysteme wurden und werden weiterhin fortlaufend modernisiert. Dementsprechend ist ihre Einsatzfähigkeit bis heute ständig erhöht

worden. Die von US-Präsident Barack Obama gebilligte Modernisierung des Atomwaffenarsenals, u.a. auch der in Deutschland stationierten B-61-Fliegerbomben, soll rund 10 Mrd. Dollar kosten. Die ab 2010 in Serie gehenden B-61 erhalten eine variable Sprengkraft, ein modernes Lenksystem und sind in der stärksten Version B-61-12 bunkerbrechend.

Die laufende Anpassung an die selbst definierten strategischen Erfordernisse präsentieren die Atomwaffenstaaten der Welt bis heute als nukleare Abrüstung. Der US-Kongress hat eine Reduzierung der Zahl der US-Atomwaffen sogar durch ein Gesetz an die Modernisierung des alten Atomwaffenarsenals gekoppelt. Präsident Obama konnte das nicht rückgängig machen.

3. Obwohl alle Nicht-Atomwaffenstaaten in Art. II NPT und Deutschland zusätzlich in Art. 3 des sog. Zwei-Plus-Vier-Vertrages vom 12.9.1990 völkerrechtlich verbindlich auf jede unmittelbare und mittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet haben, wird innerhalb der NATO weiterhin die „nukleare Teilhabe“ praktiziert. Zur „nuklearen Teilhabe“ gehört insbesondere,

(1) dass Deutschland, die Niederlande, Belgien, Italien und die Türkei nach wie vor in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO mitwirken,

(2) dass in geheim gehaltenen Bunkern in Deutschland, den Niederlanden, Belgiens, Italiens und der Türkei nach wie vor eine unbekannt Anzahl Atomwaffen mit einer vielfachen Zerstörungskraft der in Hiroshima und Nagasaki eingesetzten Nuklearwaffen gelagert wird, die im Spannungs- oder Kriegsfall von den US-Streitkräften auch den Streitkräften dieser Nicht-Atomwaffenstaaten und damit auch den Einsatzkräften der Bundeswehr für den Abwurf auf feindliche Ziele entgegen den Regelungen in Art. II des NPT zur Verfügung gestellt werden sollen und

(3) dass die Bundeswehr – ebenso wie die Streitkräfte der anderen NATO-Nicht-Atomwaffenstaaten – nach wie vor Atomwaffenträger bereit hält, und zwar die Tornado-Flugzeuge des in Büchel in der Eifel stationierten Jagdbombergeschwaders 33 (Teil der 2.Luftwaffendivision), mit denen sie regelmäßig Atomwaffeneinsätze übt.

4. Alle NATO-Staaten nehmen nach wie vor den sog. „Kriegsvorbehalt“ in Anspruch. Danach soll der Nichtverbreitungsvertrag dann nicht mehr gelten, wenn „eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird“ („in welchem Zeitpunkt der Vertrag nicht mehr maßgebend wäre“). Wenn dieser öffentlich verschwiegene Kriegsvorbehalt völkerrechtlich wirksam wäre, würde er den Nichtverbreitungsvertrag und das in ihm enthaltene Verbot der Weitergabe von Atomwaffen an

Nicht-Atomwaffenstaaten im Spannungs- und Kriegsfall praktisch gegenstandslos machen.

Belege für das völkerrechtlich wirksame Zustandekommen eines förmlichen Vorbehalts zu Art. II des NPT sind der Öffentlichkeit bislang nicht vorgelegt worden. Es bestehen gewichtige völkerrechtliche Einwände gegen seine Wirksamkeit, und zwar sowohl hinsichtlich des Verfahrens (fehlende nachgewiesene Kenntnisgabe an die NPT-Vertragspartner gem. Art. 23 WÜV) als auch in materieller Hinsicht (Vereinbarkeit i.S.v. Art. 19 WÜV mit Ziel und Zweck des NPT).

5. Entgegen ihrer im NPT eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtung, Nicht-Atomwaffenstaaten bei der Entwicklung und beim Erwerb von Atomwaffen nicht zu unterstützen, tolerieren die USA seit Jahrzehnten nicht nur den Atomwaffenbesitz Israels, das ebenso wie Indien, Pakistan und Nord-Korea nicht Mitglied des NPT-Vertragssystems ist, sondern unterstützen Israels Atomprogramm finanziell, technologisch und politisch.

6. Toleriert wird auch das Atomwaffenprogramm des mit den USA verbündeten Pakistan. Pakistan wäre ohne die technologische Zusammenarbeit und Unterstützung von wichtigen Mitgliedsstaaten des Nichtverbreitungsvertrages – auch der USA und Deutschlands – kein Atomwaffenstaat geworden. Das Proliferationsverbot ist dabei grob missachtet worden.

7. Obwohl die Vereinten Nationen 1974 und 1998 gegen Indien wegen seiner Kernwaffentests Sanktionen verhängt haben, haben die USA zwischenzeitlich die Sanktionen bilateral beendet und Indien in großem Umfang Zugang zu westlichen Atomtechnologien und zu nuklearem Material zugesagt und eröffnet. Damit haben die USA geholfen, unter Verstoß gegen den NPT den Status Indiens als neue Nuklearmacht zu legalisieren.

Auf Druck der USA hat die Gruppe der 45 Nuklearen Lieferländer (NSG), zu denen auch Deutschland gehört, 2008 weitere Nuklearexporte nach Indien genehmigt. Keine der beteiligten Regierungen hat dabei die Bereitschaft gezeigt, das Nichtverbreitungssystem gegenüber Indien zu verteidigen und die Zustimmung zur Ausnahmegenehmigung zu verweigern. Angesichts des Konsensprinzips hätte das den Deal verhindert. Die weiteren Mitgliedstaaten des NPT wurden an dem Verfahren nicht einmal beteiligt.“

(IALANA-Broschüre „Atomzeitalter beenden“ S. 15-22) Download als pdf:

<http://www.ialana.de/aktuell/ialana-deutschland-zur-aktuellen-diskussion/ialana-zu-abc-waffen/1882-ialana-deutschland-atomzeitalter-beenden>

Anhang 2 – Aufruf der Mayors for Peace:

Unterstützen Sie unsere Unterschriftskampagne, mit der wir alle Staaten auffordern, so schnell wie möglich dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen beizutreten!

Im August 1945 legten Atombomben die Städte Hiroshima und Nagasaki in Schutt und Asche und forderten Hunderttausende Menschenleben. Sie ließen Menschen zurück, die mit ihren körperlichen und seelischen Narben kaum in der Lage waren zu überleben, und zerstörten deren Leben. Solange es Atomwaffen gibt, ist der Schrecken, der von ihnen ausgeht, immer noch gegenwärtig und kann für jeden jederzeit wieder schreckliche Realität werden.

Die Überlebenden der Atombombenabwürfe (Hibakusha) haben sich lange dafür eingesetzt, dass „niemand jemals wieder so leiden soll wie wir“. Ihr dringender Wunsch ist es, das Verbot von Atomwaffen noch zu erleben. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass dieser Wunsch in Erfüllung geht.

Was hat Mayors for Peace geleistet?

Mayors for Peace wurde 1982 von den Städten Hiroshima und Nagasaki gegründet. Sie setzt sich ein für die Abschaffung von Kernwaffen und die Verwirklichung eines dauerhaften Weltfriedens durch weltweite Solidarität zwischen den Städten über nationale Grenzen und eltanschauliche Differenzen hinweg sowie unter Nutzung ihres wachsenden globalen Netzwerks von 7.439 Mitgliedsstädten in 162 Ländern und Regionen (Stand 01. 09.2017).

Im Jahr 2003 hat Mayors for Peace eine „Dringlichkeitskampagne zum Verbot von Kernwaffen“ ins Leben gerufen, die unsere „Vision 2020“ aufnimmt, ein Programm, das auf die vollständige Abschaffung von Kernwaffen bis zum Jahr 2020 abzielt. Auf der Grundlage dieser Vision arbeitet Mayors for Peace mit Städten, Bürgern, NGOs und anderen Organisationen auf der ganzen Welt zusammen mit dem Ziel, verschiedene Initiativen zur Abschaffung von Atomwaffen zu entwickeln.

Seit Dezember 2010 betreibt Mayors for Peace einen weltweiten Werbefeldzug für eine Unterschriftskampagne von unten, die zu Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention aufruft und für die bis Ende Juni 2017 mehr als 2.580.000 Unterschriften gesammelt wurden.

Tragen wir dazu bei, dass dieser Vertrag wirksam wird !

Im Juli 2017 wurde der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen angenommen. Möglich wurde dies durch den eindringlichen Appell der Hibakusha und vieler anderer Gleichgesinnter für die Abschaffung von Atomwaffen.

Damit der Vertrag zu einem uneingeschränkt wirksamen Rechtsinstrument für die nukleare Abschaffung der Kernenergie werden kann, halten wir es für unerlässlich, dass alle Staaten, einschließlich der atomar bewaffneten Staaten und ihrer Verbündeten, die nicht an den Verhandlungen zu diesem Vertrag teilgenommen haben, diesem Vertrag beitreten. Mit dieser Unterschriftskampagne wollen wir unsere Absicht weithin bekannt machen, nämlich den Weg in eine atomwaffenfreie Welt aufzuzeigen, und eine mächtige Bewegung in Gang setzen, die alle Staaten auffordert, dem Vertrag so schnell wie möglich beizutreten!

Mayors for Peace

Präsident:

Der Bürgermeister von Hiroshima

Vizepräsidenten:

Der Bürgermeister von Nagasaki sowie 13 Bürgermeister aus der ganzen Welt.

Vorstandsmitglieder:

11 Bürgermeister aus der ganzen Welt



IPPNW-Mitglieder vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft

Redeprotokoll Bürgermeister Dr. Carsten Sieling:

Gratulation zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN



Zunächst möchte ich mich bei den Veranstaltern herzlich bedanken, dass ich hier zu Ihnen sprechen darf.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN ist gerade heute, gerade in dieser Zeit, ein wichtiges politisches Signal! Ein wichtiges Signal an die Atomwaffenstaaten, durch Abrüstung – nicht Hochrüstung – für mehr Sicherheit weltweit zu sorgen.

Bremen ist der ICAN-Kampagne dabei in ganz besonderer Weise verbunden, denn Bremen und Bremerhaven sind seit den 80er Jahren auch Mitglieder im Städtebund „Bürgermeister für den Frieden“. Diese Initiative ging von den Städten Hiroshima und Nagasaki aus und

umfasst heute ein Netzwerk von 7500 Städten und Gemeinden in mehr als 160 Ländern und Regionen weltweit.

Unser Ziel ist die vollständige Abschaffung der Atomwaffen weltweit.

Warum ist das für uns Städte und Kommunen so wichtig?

Es ist wichtig, weil die Menschen in den Städten, weil wir alle hier, durch Atomwaffeneinsätze bedroht sind. Und anders als in Japan vor mehr als 70 Jahren wäre die Zerstörung heute ungleich größer. Wir können und wir dürfen deshalb nicht schweigen angesichts dieser Bedrohung.

Und Bremen hat dies auch nie getan.

Seit langem engagieren sich viele Menschen in unseren beiden Städten im Bremer Friedensforum



oder im IPPNW - den internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges - und setzen sich für die dringend notwendige internationale Abrüstung ein. Insofern haben auch Sie hier, haben die Bremerinnen und Bremer, einen ganz konkreten Anteil daran, dass in diesem Jahr bei den Vereinten Nationen ein Ächtungsvertrag von Atomwaffen ausgehandelt werden konnte.



Carsten Sieling bei seiner Rede vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft am 18. November 2017

Wir leben in Zeiten globaler Krisen und atomarer Aufrüstungsbestrebungen in viel zu vielen Ländern. Nicht nur in Nordkorea sondern auch in den USA und in Russland. Auch die NATO-Staaten beteiligen sich an den Aufrüstungsprogrammen, darunter auch Deutschland.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders bedauerlich, dass die Bundesrepublik an den so wichtigen Verhandlungen zum internationalen Ächtungsvertrag von Atomwaffen nicht teilgenommen hat.

Da müssen wir uns auf allen gesellschaftlichen Ebenen verstärkt einmischen, um das kritisch zu hinterfragen.

Wir müssen mahnen, dass es Zeit ist für eine Umkehr hin zu Abrüstung und Sicherheit. Denn das ist eine Frage des globalen Überlebens. Und die heutige

Veranstaltung soll dies zum Ausdruck bringen.

Ich will hier heute nicht nur den Veranstaltern und allen Anwesenden gratulieren und sie ermutigen, sich weiter zu engagieren. Die Abschaffung der Atomwaffen ist aus humanitären Gründen geboten und notwendig und auch mir ganz persönlich ein wichtiges Anliegen. Vor allem möchte ich auch ICAN an dieser Stelle



schon sehr herzlich zum Friedensnobelpreis gratulieren, auch wenn dieser erst in wenigen Wochen in Oslo überreicht wird.

Die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen ist ein großer Erfolg für die Initiatoren und vielen Mitglieder der Kampagne. Sie ist zugleich auch ein Erfolg für uns alle und zeigt, dass es sich lohnt, sich zusammenzuschließen und für ein so wichtiges Anliegen zu engagieren.

Ich hoffe, dass sich viele Menschen, vielleicht auch durch den Friedensnobelpreis ermutigt sehen, sich ebenfalls zu engagieren. Ihnen allen wünsche ich auch weiterhin viel Kraft, Zuversicht und auch die nötige Ausdauer für dieses wichtige Engagement.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Kurier am Sonntag - Bremen, 26.11.2017

Aktionstag gegen Atomwaffen Carsten Sieling fordert Ächtung

Bremen. Bürgermeister Carsten Sieling hat sich im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages der Friedensbewegung für eine internationale Ächtung von Atomwaffen ausgesprochen. In seiner Rede forderte er die künftige Bundesregierung dazu auf, den UN-Verbotsvertrag zu unterzeichnen. Auch die NATO-Staaten beteiligten sich an den Aufrüstungsprogrammen, darunter auch Deutschland, erklärte Sieling. Vor diesem Hintergrund sei es besonders bedauerlich, dass die Bundesrepublik an den so wichtigen Verhandlungen zum internationalen Ächtungsvertrag von Atomwaffen nicht teilgenommen habe. „Da müssen wir uns auf allen gesellschaftlichen Ebenen verstärkt einmischen, um das kritisch zu hinterfragen“, erklärte Bremens Bürgermeister.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) sei ein wichtiges politisches Signal. Sieling wörtlich: „Die Abschaffung der Atomwaffen ist aus humanitären Gründen geboten und notwendig und auch mir ganz persönlich ein wichtiges Anliegen.“



LESERMEINUNG

Zum Artikel „Gegen die Bombe“ vom 7. Oktober:

Eine gute Nachricht

Der Friedensnobelpreis 2017 geht an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican). Das ist eine gute Nachricht für alle Atomwaffengegner, die sich bereits seit den Atombombenabwürfen der USA auf Hiroshima und Nagasaki für die weltweite Ächtung und Abschaffung dieser Mordwerkzeuge einsetzen. Ican hat auch den wesentlichen Impuls dafür gegeben, dass am 7. Juli 2017 unter dem Dach der Uno 122 Staaten einen Vertragsentwurf zur Abschaffung der Atomwaffen verabschiedet haben.

Aktuell gibt es neun Staaten, die Atomwaffen besitzen und den Verbotprozess boykottieren. Empörenderweise stellt sich auch die Regierung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD auf die Seite der destruktiven Atomwaffenmacht USA und verweigert die Beteiligung am Prozess für das Verbot von Atomwaffen. Das ist ein Zustand, den die friedliebende Bevölkerung unseres Landes nicht hinnehmen sollte.

In den Koalitionsvertrag der jetzt in Rede stehenden Jamaika-Koalition gehört eine klare Aussage darüber, dass die Bundesregierung sich in Zukunft aktiv an der Abschaffung aller Atomwaffen beteiligt. Damit dies geschieht, empfehle ich allen Wählern, schnell mit den von ihnen gewählten Bundestagsabgeordneten zu re-

den und sie davon zu überzeugen, dass Deutschland den Vertrag zum Verbot der Atomwaffen umgehend ratifizieren muss. Als erster Schritt sollten die US-Atomwaffen aus unserem Land abgezogen werden. HORST OTTO, BREMEN



Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Ican sei eine gute Nachricht für Atomwaffengegner, meint Leser Horst Otto. FOTO: DPA

Ein Zeichen setzen

Die „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ (Ican) erhält zu Recht den Friedensnobelpreis. Die Entscheidung des Nobelpreiskomitees ist eine Bestätigung für all diejenigen, die sich für die vollständige Abrüstung von Atomwaffen einsetzen, und eine große Ermutigung für die Friedensbewegung. Die Motivation für die Weiterarbeit an einer atomwaffenfreien Welt könnte nicht größer sein. Der im Juli bei den Vereinten Nationen beschlossene Vertrag über ein weltweites Atomwaffenverbot, der seit dem 23. September zur Unterzeichnung ausliegt, wäre ohne das Engagement von Ican nicht zustande gekommen. Der Vertrag verbietet Herstellung, Besitz, Einsatz und Lagerung von Atomwaffen und kam gegen den Widerstand der Atommächte und den mit ihnen verbündeten Staaten, darunter leider auch Deutschland, zustande.

Jetzt sollte die neue Bundesregierung Farbe bekennen, dem Vertrag beitreten und den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland auf den Weg bringen. Aber auch die lokalen politisch Verantwortlichen können etwas tun: Bremens Bürgermeister Carsten Sieling und Bremerhavens Oberbürgermeister Melf Grantz gehören der Initiative „Mayors for Peace“ – Bürgermeister für den Frieden – an und sollten unter anderem im Rahmen des bundesweiten Flaggentags am 8. Juli 2018 ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen setzen. ROBERT LENTZ, BREMEN

Leserbriefe im Weser-Kurier vom 14. Oktober 2017

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Bremen für eine atomwaffenfreie Welt!

Der Friedensnobelpreis geht mit der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) im Jahr 2017 an eine Organisation, die sich seit gut einem Jahrzehnt für das Verbot von Atomwaffen einsetzt und dabei auf ihre katastrophalen humanitären Konsequenzen aufmerksam macht.

Im August 1945 legten Atombomben die Städte Hiroshima und Nagasaki in Schutt und Asche und forderten Hunderttausende Menschenleben. Die Bomben ließen Menschen zurück, die mit ihren körperlichen und seelischen Narben kaum in der Lage waren zu überleben. Nach dem Wettrüsten des Kalten Krieges können Staaten wie die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China, aber auch Indien, Pakistan und Nordkorea auf mehrere Tausend Atomwaffensprengköpfe zurückgreifen. Ungeachtet der schrecklichen Folgen der Nutzung von Atomwaffen, streben darüber hinaus auch heute noch Staaten in Atomwaffenprogrammen die Entwicklung eigener nuklearer Sprengköpfe an. Der Schrecken, der von Atomwaffen ausgeht, ist deshalb auch nach Ende des Kalten Krieges immer noch gegenwärtig und kann für jeden jederzeit wieder schreckliche Realität werden.

Vor diesem Hintergrund setzt sich ICAN seit 2007 für ein Verbot von Atomwaffen ein. Dabei handelt es sich bei der Kampagne um ein breites Bündnis internationaler Nichtregierungsorganisationen, das bei seiner Arbeit auf eine Vielzahl von Partnern – von Gewerkschaften über religiöse und humanitäre Institutionen bis hin zu Umweltschutzorganisationen – zurückgreifen kann und das maßgeblich am Zustandekommen des aktuellen UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen (UN-Atomwaffenverbotsvertrag) beteiligt war.

Die deutsche Sektion ICANs ist seit 2014 ein eingetragener, gemeinnütziger Verein und laut Satzung der Völkerverständigung und dem Einsatz für die Ächtung von Atomwaffen, für Abrüstung und Frieden verpflichtet. Bis zum Juli 2017 hat ICAN Deutschland e.V. den Prozess zum UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot begleitet und engagiert sich jetzt im Gespräch mit nationalen und internationalen Akteuren für die Unterzeichnung, Ratifikation und Anerkennung dieses Vertrages als Instrument zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen.

Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen wurde von den Vereinten Nationen im Juli 2017 mit 122 Ja-Stimmen verabschiedet. Er verbietet die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, die Lagerung und den Transport, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen, sowie die Drohung mit ihnen. Auf der UN-Generalversammlung im September

2017 unterzeichneten zunächst 53 Staaten, darunter Österreich, den Vertrag. Weder die Atommächte, noch die NATO-Staaten, mit Ausnahme der Niederlande, nahmen an der Aushandlung und Abstimmung teil. Deutschland hat den UN-Atomwaffenverbotsvertrag bisher nicht unterzeichnet.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) für ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) teilt die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und strebt eine Welt ohne Atomwaffen an.
3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen.

Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE



BREMER FRIEDENSFORUM

Bremer Friedensforum, Goetheplatz 4, 28203 Bremen

Villa Ichon

Goetheplatz 4, D - 28203 Bremen
Ekkehard Lentz Tel. (0421) 396 18 92
Eva Böller Tel./Fax (0421) 35 58 16
Hartmut Drewes (0421) 644 14 70
Barbara Heller (0421) 434 18 52
Internet: www.bremerfriedensforum.de
E-Mail: info@bremerfriedensforum.de
IBAN: DE47250100300123268306
Bremen, den 6. Dezember 2017

Pressemitteilung vom 6. Dezember 2017

Bremer Friedensforum begrüßt Atomwaffen-Dringlichkeitsantrag in der Bürgerschaft

Bremen. Das Bremer Friedensforum begrüßt den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und Die Linke: "Bremen für eine atomwaffenfreie Welt", der auf der Tagesordnung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) steht. Die Debatte ist für voraussichtlich Donnerstag, 7. Dezember, um 12.30 Uhr vorgesehen. Das Friedensforum appelliert an alle Abgeordneten, diesem Antrag zuzustimmen und wenige Tage vor der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN (Internationale Kampagne für das Verbot von Atomwaffen) ein deutliches Friedens-Zeichen aus Bremen zu senden.

Erst kürzlich hatte sich Bürgermeister Carsten Sieling anlässlich des bundesweiten Aktionstages der Friedensbewegung auf dem Bremer Marktplatz für eine internationale Ächtung von Atomwaffen ausgesprochen und die zukünftige Bundesregierung aufgefordert, den von 122 Nichtatomwaffen-Staaten unter dem Schirm der UN ausgehandelten Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. "So politisch klar und deutlich gegen Atomwaffen hat kein Bremer Bürgermeister seit Hans Koschnick in der Öffentlichkeit Position bezogen", äußert sich Forumssprecher Ekkehard Lentz anerkennend.

➤ Links:

http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2017-12-05_Drs-19-1436_426f9.pdf
<https://www.bremerfriedensforum.de/952/aktuelles/Deutschland-muss-Atomwaffenverbotsvertrag-unterzeichnen/>
<https://www.bremerfriedensforum.de/931/press/Bremer-Friedensforum-begruesst-Atomwaffen-Dringlichkeitsantrag-in-der-Buergerschaft/>
<https://www.bremerfriedensforum.de/921/aktuelles/Fuer-eine-atomwaffenfreie-Welt-Aktion-mit-Buergermeister-Carsten-Sieling-auf-dem-Bremer-Marktplatz/>

„Deutschland muss Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!“

Empfang am 26. Januar 2018 im Bremer Rathaus aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises an die internationale Kampagne ICAN

Im ehrwürdigen, gut besetzten Bremer Rathaussaal erschien nach dem Grußwort von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und dem Beitrag des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahms, auf der Leinwand, gefilmt aus der Vogelperspektive, die Explosion einer Atombombe, mit den Zeilen versehen:

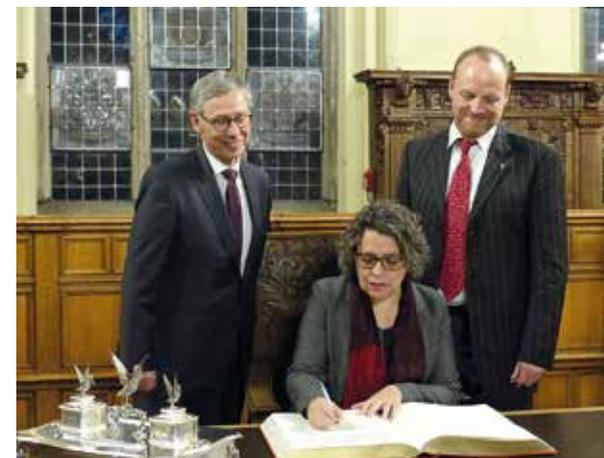
„Create the humanitarian catastrophe“ („Bringt eine humanitäre Katastrophe hervor“).

Täglich kann die Menschheit durch eine nukleare Katastrophe ausgelöscht werden.

Nach diesem Kurzfilm sprach Xanthe Hall, leitende Geschäftsführerin der „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW), über die oft unterschätzte Gefahr

des Einsatzes nuklearer Waffen. Zugleich schilderte sie auf diesem Hintergrund die große Bedeutung der 122 Staaten, die im Rahmen der UNO das weltweite Verbot der Atomwaffen verlangen. Dem Bremer Bürgermeister Sieling dankte sie für die Unterstützung seitens der Bremischen Bürgerschaft und des Senats, die Bundesregierung zu drängen, sich dem Atomwaffenverbotsvertrag anzuschließen.

Dasselbe forderten auch der kirchliche Friedensbeauftragte Renke Brahms wie auch der Bremer Arzt Dr. Lars Pohlmeier, ebenfalls Mitglied der Ärzteorganisation IPPNW. Nachdem sich Xanthe Hall wie auch Lars Pohlmeier, beide Mitbegründer der internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen ICAN, in das goldene Buch der Stadt Bremen eingetragen hatten, fand ein Podiumsgespräch



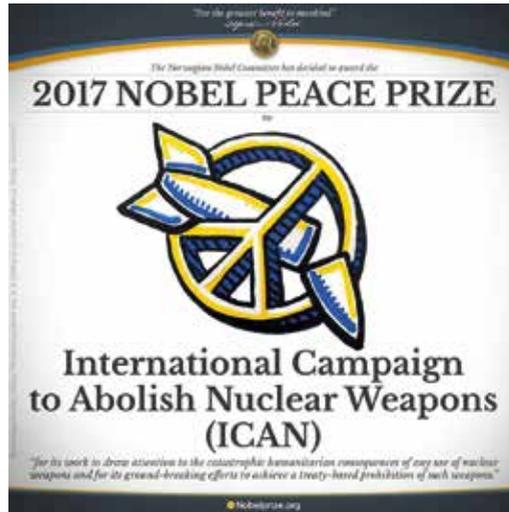
Xanthe Hall trägt sich in das Goldene Buch der Freien Hansestadt Bremen ein. Links Carsten Sieling, rechts Lars Pohlmeier



Senatsempfang in der Oberen Rathshaus

unter der Moderation von Felicia Reinstädt von Radio Bremen statt. Dabei zeigte sich, dass mehrere von ihnen bei der großen Friedensdemonstration 1981 im Bonner Hofgarten dabei waren. An der Diskussion beteiligten sich außerdem junge Leute vom Sozialen Friedensdienst. Sie

fragten unter anderem den Bürgermeister nach seiner Position zur Rüstungsindustrie in Bremen.



Atomwaffenverbot statt deutsche Atombomben oder „Wohl Hacke, Herr Professor!?“

Am 29. Juli 2018 veröffentlichte die „Welt am Sonntag“ einen langen Gastbeitrag des emeritierten Professors an der Bundeswehr-Hochschule, Christian Hacke, der den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht Deutschlands propagiert. Seit der Wahl Trumps zum neuen US-Präsidenten wird mit immer kleinerem Abstand in der Öffentlichkeit eine eigene Atombombe für Deutschland gefordert, um sich scheinbar von der US-Politik zu emanzipieren und mehr Sicherheit zu schaffen. Sicherheit entsteht jedoch nicht durch immer neue verrückte Pläne zur Aufrüstung, sondern durch eine Politik der Abrüstung, Deeskalation und Vertrauensbildung.



Eine deutsche Atombombe würde sowohl gegen Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag, als auch aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag verstoßen. „Statt von deutschen Atombomben zu träumen, sollte Professor Hacke zur Kenntnis nehmen, dass nach einer jüngsten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ‚YouGov‘ eine breite Mehrheit der Bevölkerung für einen Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot eintritt“, erklärt der Sprecherkreis des Bremer Friedensforums. 122 Staaten beschloss im Juli 2017 den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Mehr als 50 Staaten haben ihn bislang unterzeichnet, 13 bisher

ratifiziert. Bislang fehlt Deutschland bei diesem historischen Abkommen.

Das Bremer Friedensforum erwartet von der Bundesregierung, endlich mutig voranzugehen, um die atomare Abschreckung zu überwinden und das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen. Die hier stationierten US-Atomwaffen aus Deutschland müssen abgezogen werden!



Doris Achelwilm (MdB Die Linke): „Es gibt keinen friedensethischen Grund für den Fortbestand von Atomwaffen. Unsere Forderung an die Bundesregierung: UNO-Atomwaffen-Verbotsvertrag beitreten, Abzug der Atombomben aus #Büchel! #atomwaffenfrei“

EKD-Friedensbeauftragter Brahms protestiert gegen Atomwaffen



Bremen (epd). Mit einer Kundgebung und einer Mahnwache wollen Friedensorganisationen und evangelische Kirche in Bremen am Montag (6. August) an den Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erinnern. Zur

Kundgebung auf dem Marktplatz spricht nach Angaben der Organisatoren der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und leitende Bremer Theologe, Renke Brahms. Er setzt sich für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen ein.

Auch der Sprecher der Kampagne „Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt“, Marvin Mendyka (Bonn), will sich zu Wort melden. Das Bremer Friedensforum und die Mitinitiatoren der Mahnwache fordern zusammen mit Brahms die Bundesregierung auf, der 2017 geschlossenen UN-Vereinbarung über ein Kernwaffenverbot beizutreten.

Es müsse alles dafür getan werden, dass die letzten Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden, sagte Brahms kürzlich in Büchel bei einem Aktionstag von Christen am Bundeswehr-Fliegerhorst in der Eifel und fügte hinzu: „Wir weh-



ren uns gegen ein ‚Weiter so‘ auf dem Weg der atomaren Abschreckung und Aufrüstung durch Modernisierung dieser schrecklichen, unvorstellbar zerstörerischen Massenvernichtungswaffen.“ In Büchel sind vermutlich die letzten US-Atomwaffen auf deutschem Boden stationiert.



Bei einem Senatsempfang im Bremer Rathaus sagte Brahms im Januar, Atomwaffen seien die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht weltweit geächtet seien. „Aus Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“

Am 6. August 1945 zerstörte der erste Atombomben-Abwurf in der Menschheitsgeschichte die japanische Stadt Hiroshima. 140.000 Menschen starben sofort oder in den Monaten nach dem Einsatz. Am 9. August 1945 wurden bei einem weiteren Bombenabwurf in Nagasaki etwa 80.000 Menschen getötet. Am 15. August kapitulierte Japan. Damit war der Zweite Weltkrieg vorbei. Seitdem starben nach japanischen Angaben Hunderttausende weitere Menschen an den Folgen der beiden Atombomben.

epd-Service

Info

Mahnwache und Kundgebung am Montag, 6. August 2018, von 12 Uhr bis 13 Uhr auf dem Marktplatz Bremen.

Internet

www.bremerfriedensforum.de

www.evangelische-friedensarbeit.de

--

Evangelischer Pressedienst (epd), Landesdienst Niedersachsen-Bremen,
Dieter Sell

Franziuseck 2-4 / 28199 Bremen

BREMEN MACHT SICH STARK FÜR EINE WELT OHNE ATOMWAFFEN!

Es ist ein Engagement mit Tradition: Bremen ist seit vielen Jahren Mitglied des Bündnisses Mayors for Peace, das sich seit 1982 insbesondere der atomaren Abrüstung verschrieben hat. Im vergangenen Jahr war es an der Zeit, dieses Engagement zu bekräftigen. Denn die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Es ist eine Initiative, die sich stark macht für einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zum Verbot von Kernwaffen. Und es ist eine Initiative mit Bremer Bezug – denn mit Dr. Lars Pohlmeier stammt einer ihrer Gründer aus Bremen.



Antje Grotheer, SPD, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft

Für uns als SPD-Fraktion stand fest: Dieses Engagement wollen wir unterstützen. Zumal die Initiative schon erfolgreich war: Am 7. Juli 2017 stimmten 122 Staaten der Vereinten Nationen für einen entsprechenden UN-Vertrag, der unter anderem Entwicklung und Produktion, Test, Erwerb, Lagerung und Transport sowie Stationierung und Einsatz von Atomwaffen sowie die Drohung mit ihnen verbietet. Unterzeichnet haben diesen Vertrag gleichwohl bislang erst 69 Staaten, ratifiziert wurde er sogar nur von 19.

Die Atomkräfte und die meisten NATO-Staaten haben nicht unterschrieben, ja, sie haben nicht einmal an den Verhandlungen teilgenommen. Auch Deutschland nicht. Deswegen wollten wir aus dem Bremer Parlament heraus ein Zeichen setzen. Denn es sollte eigentlich keinen Zweifel daran geben, dass eine Welt ohne Atomwaffen ein Ziel ist, auf dass sich alle Menschen einigen können, gerade in Deutschland.

Wir wurden eines Besseren belehrt. Die Bürgerschaft beschloss auf unsere Initiative hin zwar einen Antrag, in dem sie das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen begrüßt und den Senat auffordert, sich auf Bundesebene für die Unterzeichnung des UN-Vertrages einzusetzen. CDU und FDP lehnten diese beiden Punkte jedoch

ab. Das halte ich für ein – mindestens – skurriles Abstimmungsverhalten. Die FDP stimmte immerhin einer Ziffer zu, die die Verleihung des Nobelpreises an ICAN begrüßt. Die CDU tat nicht einmal das. Sie enthielt sich.

Nicht nur dieses Abstimmungsergebnis, sondern auch die Ereignisse des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass beim Einsatz für eine Welt ohne Atomwaffen noch dicke Bretter zu bohren sind. Denn kein anderes Landesparlament hat sich der Initiative angeschlossen. Und die Versuche, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, sind im Vorwege gescheitert. Kein anderes Bundesland war bereit, sich ihr anzuschließen. Im Bundestag sieht es leider nicht anders aus. Auch dort wurde ein Antrag abgelehnt, der einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag forderte.

Das ist bedauerlich. Aber wir werden als SPD-Fraktion unser Engagement fortsetzen – und zumindest in Bremen sind wir damit nicht allein: So haben von den sechs Bremer Bundestagsabgeordneten drei den Aufruf unterzeichnet, ebenso wie 28 der Bürgerschaftsabgeordneten und ein Europaabgeordneter. Das bestärkt uns darin, diesen Weg weiterzugehen – auch wenn das vergangene Jahr gezeigt hat, dass dieser Weg noch lang ist.

Antje Grotheer

sozialdemokratische Sprecherin für Bundes- und Europaangelegenheiten



„Atomwaffen sind weltweit geächtet“,

das ist die neue Norm, der sich die Mehrheit der Staaten der Welt durch die Vereinbarung zu einem UN-Vertrag jetzt verpflichtet fühlen.

Ich erinnere mich noch, als wir 2006 im internationalen Vorstand der IPPNW, den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges, beschlossen, die Entwicklung einer breiten Bürgerkampagne unter dem Na-



Lars Pohlmeier spricht am 18. November 2017 vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft

men ICAN zu unserem zentralen Anliegen zu machen. Würden wir in nur einem Jahrzehnt einen internationalen Vertrag auf UN-Ebene erreichen, der Atomwaffen verbieten wird? Niemand hätte das geglaubt. Wie zu erwarten war, ist allen voran von den Atomwaffenstaaten der NATO mit Unterstützung der anderen NATO-Staaten (bis auf die Niederlande) versucht worden, den Verhandlungsprozess zu diskreditieren, zu verlangsamen und trotz des Verhandlungsboykotts das Abstimmungsverhalten negativ zu beeinflussen.

Die Resolution der Bremischen Bürgerschaft setzt ein starkes und wichtiges Signal von „David gegen Goliath“. Anderes Handeln ist möglich und wird auch innerhalb der NATO von Vertreterinnen und Vertretern der Bürger gefordert.

Die aktuelle Lage ist prekär. Die bisherigen Rüstungskontrollsysteme sind unter großen Druck geraten. Der Atomwaffensperrvertrag ist als auch Selbst-Verpflichtungsvertrag der Atommächte zur Abschaffung der Atomwaffen in eine Sackgasse manövriert worden. Bilaterale Abkommen zwischen den zentralen Atomwaffenstaaten USA und Russland sind in ihrem Fortbestehen gefährdet. Dazu zählen der START-Prozess und der INF-Vertrag. Letzterer war ein Meilenstein für die Garantie einer friedlichen Zusammenarbeit der Atommächte USA und Russland für Europa. Der INF-Vertrag sät die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Europa und sollte Vorbild sein auch für andere Regionen der Welt.



Lars Pohlmeier am 6. August 2017 bei der Mahnwache zum Gedenken an die Atombomben-Opfer von Hiroshima und Nagasaki

zu einer Welt ohne Atomwaffen. Er unterstützt die bestehenden internationalen Rüstungskontroll-Systeme, wo es sinnvoll ist. Und er fordert politisch mehr, wo es notwendig ist. Mit weniger dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Es ist eine der Überlebensfragen unserer Welt.

Dr. med. Lars Pohlmeier

IPPNW - Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
ehemaliger Vorsitzender des internationalen Vorstandes der IPPNW
IPPNW ist Gründerin von ICAN

Atomwaffen abschaffen - ist das einfach? Das hat niemand behauptet. Ist es möglich? Ohne jeden Zweifel ja. Ist es notwendig? Unbedingt!

Die ICAN-Kampagne hat ungeahnte Kräfte, Potentiale und Energien in Politik und Gesellschaft freigesetzt. Der Friedensnobelpreis 2017 war dafür ein besonderes Lob. Der Ächtungsvertrag von Atomwaffen setzt ehrgeizige, aber realistische Ziele



Kraniche aus Papier, gefaltet von Klaus Schiesewitz, DFG-VK

Anzeigenaktion

„Eine Welt ohne atomare Bedrohung ist möglich“

Am 19. Oktober erschien eine ganzseitige Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

1.684 engagierte Friedensbewegte, darunter etliche aus Bremen, haben den Text getragen und gemeinsam die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch Deutschland gefordert!

Das macht Eindruck!



AN DIE BUNDESREGIERUNG:

UNTERZEICHNEN SIE DAS VERBOT VON ATOMWAFFEN!

Eine Welt ohne atomare Bedrohung ist möglich



122 Staaten haben im Juli 2017 einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Bislang fehlt Deutschland bei diesem historischen Abkommen. Wir fordern: Die Bundesregierung muss das Verbot unterzeichnen und die US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen lassen!



Lichtprojektion am Konrad-Adenauer-Haus der CDU in Berlin

Dank

für die finanzielle Unterstützung zur Erstellung dieser Broschüre



Die Rote Reihe

Die Publikationen sind erhältlich beim Bremer Friedensforum



Erfolgsgeschichten aus Bremen?
Rüstungsstandort an der Weser
Produktion, Forschung und Perspektiven

ROTE REIHE_5

„FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE WELT“

Bremen und der Atomwaffenverbotsvertrag

